

# „Die wichtigsten Phasen kommen noch“

Bürgerinitiative informierte in Falkenberg über Stromtrassen / Weitere Erdkabel könnten noch folgen

Der Standort für das Umspannwerk entscheidet über den Trassenverlauf. Mit der 380 kv-Leitung wird der Netzausbau jedoch wohl nicht enden.

VON GEORG MEYER

**Falkenberg.** Der geplante Bau einer Stromtrasse und eines Umspannwerks im Raum Cloppenburg bewegt derzeit die Gemüter. Auch in Falkenberg diskutierten am Mittwochabend rund hundert Bürger mit der Landtagsabgeordneten Renate Geuter (SPD) über das umstrittene Projekt.

Seit vergangenen Herbst läuft das Raumordnungsverfahren für den Aus- und Neubau der Strecke Conneforde-Merzen. Im Raum Cloppenburg soll zudem ein großes Umspannwerk entstehen. Wo, ist noch unklar, doch der gewählte Standort dürfte auch über den Trassenverlauf entscheiden. Was derzeit noch wenig diskutiert wird: Während die aktuell geplante 380 kv-Leitung den an Land und zum Teil auf See gewonnenen Strom Richtung Süden abführen soll, plant die Tennet auch die Anbindung von weiteren Offshore-Windparks in der Nordsee mit dem Netzverknüpfungspunkt Cloppenburg. Darauf machte Rolf Fahrenholz, Sprecher der Bürgerinitiative Cappeln-Essen, aufmerksam. Und dies habe den Bau neuer Erdkabel zur Folge, die ebenfalls zum Cloppenbur-



Sorge und Kritik: Rund hundert Bürger informierten sich in Falkenberg.

Foto: Meyer

ger Umspannwerk führen. Das Vorhaben wird im Netzentwicklungsplan 2025 dargestellt. Fahrenholz zweifelt allerdings den Nutzen des Umspannwerks für die Region an. Die Windstromerzeugung auf See werde zurückgehen und der in Cloppenburg eingespeiste Offshorestrom finde vor Ort keine Abnehmer. Für die Tennet gehe es nur darum, einen möglichst großen Netzverknüpfungspunkt zu bekommen. „Da müssen wir jetzt aufpassen“. Auf Nachfrage bestätigte Bernhard Heidrich vom Amt für regionale Landesentwicklung gestern die Planungen. Eine Maßnahme, die in

Cloppenburg-Ost enden soll, sei inzwischen bestätigt, andere noch nicht. „Es handelt sich aber um wesentlich kleinere Baumaßnahmen“, erklärte Heidrich. Die Flächen könnten anschließend wieder genutzt werden.

Renate Geuter riet den Trassenskeptikern, sich zunächst auf das bereits eröffnete Verfahren zu konzentrieren. „Es ist noch ein langer Weg und die wichtigsten Phasen kommen noch.“ Sie ärgerte sich darüber, dass die Interessen des Naturschutzes bei den Planungen stärker berücksichtigt würden, als die der Menschen. Das betreffe etwa die unklaren Abstandsregeln. So dür-

fen die Strommasten im Außenbereich den eigentlich vorgeschriebenen 200-Meter-Abstand unterschreiten. Was in Gegenden mit geschlossenen Siedlungsstrukturen kein großes Thema ist, wird zum Beispiel in der Gemeinde Garrel zu einem echten Problem. „Es gibt hier viel mehr Streusiedlungen und Einzelgehöfte als anderswo“, sagte Geuter. Eine Änderung des Bundesgesetzes stellte sie aber nicht in Aussicht. „Die hätte im Bundesrat keine Chance“, befand die Politikerin.

Eines machte Geuter klar. „Die Trasse wird durch unseren Landkreis führen. Das hat der Bund beschlossen.“ Nun käme es darauf an, die bestverträgliche Lösung zu finden. Und da hätten die Bürgerinitiativen bereits einen Erfolg erzielt, denn die Landesbehörde verdonnerte die Tennet inzwischen zur Untersuchung weiterer Trassenverläufe entlang der Autobahnen. Dass

das niederländische Staatsunternehmen möglichst kostengünstig bauen möchte, sei aber auch klar. „Sie wollen natürlich Gewinne machen“, sagte Geuter.

Sparen könnte die Tennet etwa bei den Masten. Geuterver sprach, den Bau teurerer, dafür aber kleinerer Kompaktmasten in die kommenden Gespräche einzubringen. Mit Skepsis beurteilt sie die inzwischen mögliche Teilverkabelung des Netzes. „Besonders dort, wo die Kabel wieder aus der Erde kommen, wird viel Fläche verbraucht“. Wenig Hoffnung machte sie den Hausbesitzern. Sie können nicht mit Entschädigungen wegen Wertminderung rechnen. „Das ist bereits vergänglich bis zum Ende durchgeklagt worden.“ Neu geredet werden müsse jedoch über Ausgleichszahlungen für Landwirte, die Strommasten auf ihre Äcker bekommen. Die bestehende Vereinbarung aus dem Jahr 1987 jedenfalls sei für die Landbesitzer unbefriedigend. So seien sich die Parteien im Landtag darüber einig, dass nicht nur einmalig entschädigt werden dürfe, sondern dauerhafte Zahlungen möglich sein müssten.

André Röckmann von der Bürgerinitiative Petersfeld, Peterswald, Falkenberg, Varrelbusch, Resthausen, Resthausen, Ambühren appellierte an die Einigkeit der verschiedenen Initiativen. „Wir dürfen uns nicht auseinandertreiben lassen“, mahnte er und kündigte weitere Aktivitäten an.



„Es kommt jetzt darauf an, die bestverträgliche Lösung zu finden.“

Renate Geuter (SPD)

© Meyer